

BLogbuch 1 30.06. 2012

Eine offene Antwort an einen (ungenannt bleiben müssenden) (Zeit-)Genossen

Dieser Genosse, nennen wir ihn U.G., hatte im Winter 2011 nach längerer Unterbrechung erneut Kontakt zur *partei Marx* aufgenommen, ohne daß sich im Verlauf der danach wieder in Gang gesetzten Korrespondenz die seit längerem bestehenden Differenzen hätten klären lassen. Sie spitzten sich, wie nicht anders zu erwarten, eher noch zu, was damit endete, daß ich schließlich die in regelmäßigen Abständen erscheinenden Bulletins U.G.s über meinen geistigen Gesundheitszustand, abbestellt habe.

Es war unvermeidlich, daß unsere Debatte, die ursprünglich von meiner Kritik am verstaatlichten Anti-Imperialismus der Anti-Globalisierungsbewegung ausgegangen war, ziemlich bald bei der Arabischen Revolution und den Stellungnahmen der Partei U.G.s zum Völkermord des Assad-Regimes am ‚eigenen‘ Volk landen mußte. Dabei versuchte er anhand von Artikeln aus dem *Neuen Deutschland* (ND) zu beweisen, daß seine Partei dieses Regime noch nie unterstützt habe und von Anfang an als ‚Friedenspartei‘ für eine Verständigung beider Seiten eingetreten sei; also für Friedensverhandlungen, zwischen dem bewaffneten Widerstand zum Schutz der friedlichen Protestbewegung und Assads Soldateska, bzw. den Geheimdiensten und den von diesen organisierten Halsabschneidern, kurz, zwischen dem Volk und dem Völkermörder und dessen Clique.

Das ist exakt dieselbe ‚Friedenslösung‘, die Rußland und China seit längerem immer wieder vorschlagen, um für das Assad-Regime Zeit zu kaufen, nachdem dieses dazu übergegangen ist, ganze Städte und Stadtteile mit schwerer Artillerie zusammenzuschießen und die Bevölkerung mit Hilfe jener (wahrscheinlich aus dem Iran und dem Libanon importierten) Halsabschneider (Shabiha) daraus zu vertreiben. Wer, wie u.a. auch der deutsche Außenminister, meint, zwischen dem Volk und seinen Völkermördern gäbe es außer der Entgegennahme der Anklageschrift für seinen Prozeß vor einem UN-Kriegsverbrecher-Tribunal noch irgend etwas anderes zu verhandeln, hätte genauso gut in den 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts die von Hitler überfallenen Völker Europas dazu aufgefordert werden können, mit diesem über den Abzug seiner Truppen zu verhandeln. (Und, wie es die Ironie der Geschichte wollte, war ja genau das der Inhalt der britischen Appeasementpolitik seines Kollegen Chamberlain, von der sich Hitler 1938 geradezu ermuntert fühlen durfte, die Tschechoslowakei zu überfallen!) Außerdem betreibt das Assad-Regime diesen Krieg gegen ‚sein‘ Volk nicht erst seit gestern, sondern schon seit der Erstürmung der Stadt Hama im Jahre 1982 und der Ermordung von mehreren Zehntausend seiner Einwohner, sodaß der Aufruf zu Verhandlungen mit einem Regime, das sich in einem permanenten Bürgerkrieg zwischen der Clique seiner Anhänger und der Mehrheit der Bevölkerung befindet, nichts anderes als der freundliche Aufruf an das syrische Volk zum Selbstmord ist.

Zu dieser Clique gehörte bislang auch die traditionelle syrische Linke, einschließlich der (unter welchem Namen auch immer gerade firmierenden) syrischen KP als ehemalige Abgesandte des großrussischen Sozialimperialismus im Nahen Osten. Außerdem waren Damaskus und der von Damaskus beherrschte Libanon über viele Jahre hinweg Rückzugsgebiet unzähliger ‚anti-imperialistischer‘ Organisationen aus dem Nahen Osten und Westeuropa, und daher verwundert es heute nicht, daß sowohl der Partei U.G.s als auch dem Rest der westdeutschen Linken so gut wie nichts zu Assads Krieg gegen ‚sein eigenes‘ Volk bzw. dazu einfällt, daß Syrien von Rußland (Iran und Nord-Korea) mit Waffen beliefert wird und die russische Kriegsflotte den Hafen von Tartus benutzt, um, was schon der unerfüllte Wunsch der alten Zaren gewesen war, in den warmen Gewässern jenseits des Bosphorus imperialistische Präsenz zu zeigen. Die Lage hat sich aber inzwischen so weit zugespitzt, daß selbst einst gern gesehene Gäste, wie die palästinensische Hamas, lieber ihr Hauptquartier von Damaskus nach Kairo verlegt haben.

Vor diesem Hintergrund frage ich mich, welchen Sinn es noch macht, auf jene Artikel und Aufsätze aus dem ‚Zentralorgan‘ der SED-Nachfolgerin Die Linke, die U.G. als Beweis für die ‚Friedenspolitik‘ seiner Partei vorgelegt hat, zu antworten, wenn diese nichts anderes als die Weißwäsche der in Damaskus regierenden Cliquen eines Völkermörders enthalten; wenn man so will, die pazifistische Variante der von der *jugen Welt* (jW) ‚offen und ehrlich‘ zugunsten des Assad-Regimes vertretenen Propagandalüge, die da lautet, daß der Widerstand des syrischen Volkes nichts anderes als die Fortsetzung der ‚westlich‘ inspirierten ‚Konterrevolution‘ gegen den ‚Arabischen Frühling‘ sei, die mit der Erteilung des Mandats des Weltsicherheitsrats der UN an die NATO zur Verhinderung eines Völkermords in Libyen in Szene gesetzt worden sein soll? Wie aber läßt sich ernsthaft bestreiten, daß das von Gaddafi der Bevölkerung von Benghazi angedrohte und von der NATO verhinderte Massaker an der libyschen Zivilbevölkerung (Gaddafi: **„Ratten und Kakerlaken!“**) heute in Syrien seine ‚logische‘ Fortsetzung findet? Und welche verquere sich als ‚anti-imperialistisch‘ bezeichnende Logik steckt hinter der Behauptung des Gegenteils! Diese kann es problemlos mit den Spitzenprodukten Goebbelscher Propaganda aufnehmen! Auch macht es wenig Sinn, den in U.G.s Partei stattfindenden ‚Kampf zweier Linien‘ zwischen der militant ‚anti-imperialistischen‘ (jW und *Kommunistische Plattform*) und der pragmatisch-pazifistischen Strömung (die auch bei linken SPDlern Zuspruch fände), daraufhin zu untersuchen, ob sich dort vielleicht noch ‚ein Gerechter‘ mit einer ‚weniger‘ sozialimperialistischen Einschätzung der Verhältnisse in Syrien fände, solange es sich dabei lediglich um Scheingefechte handelt! War der Streit zwischen ‚rechten‘ Pragmatisten und dem ‚linken‘ Revolutionaristen nicht seit jeher immer nur ein rein taktischer, weil beide Taktiken nun einmal zum Inventar der großmacht-chauvinistischen Außenpolitik der UdSSR gehörten, sodaß ein qualitativer Unterschied zwischen beiden ‚Linien‘ noch nie zu erkennen gewesen ist?

Von der Position der Marxschen Partei aus gesehen besteht der elementare Widerspruch in der bürgerlichen Gesellschaft wie der unsrigen im Gegensatz zwischen der proletarischen Revolution und der bürgerlichen Konterrevolution; ausgehend davon war die innere Entwicklung der Sowjetunion seit ihrer Gründung 1922 durch den Kampf zwischen diesen beiden Seiten bestimmt, der schließlich durch eine institutionelle Konterrevolution entschieden wurde, sodaß Stalins Auseinandersetzung mit seinem faschistischen

Konkurrenten auf die Alternative zwischen Auschwitz und Gulag hinauslief, auf zwei Seiten einer Medaille: ‚Rot‘ = Braun. In dieser Gleichung korrespondieren die Konterrevolution von Innen (= ‚Rot‘) mit der Konterrevolution von außen (= Braun) wechselseitig mit- und getrennt voneinander, aber im Zusammenspiel beider Seiten darin, die revolutionären Bewegungen weltweit zu zerschlagen und ‚auf den Trümmern der alten Gesellschaft‘ ein großrussisches bzw. großdeutsches Weltreich zu errichten. Wobei naturgemäß beide Reiche wegen ihrer hegemonistischen Konkurrenz und ihrer inneren national-sozialistischen/sozial-nationalistischen Logik langfristig nicht miteinander koexistieren konnten. Dennoch scheint bisher kaum jemandem die entscheidende Übereinstimmung zwischen Faschisten und ‚Anti‘-Faschisten aufgefallen zu sein: daß die ‚rote‘ Seite in dieser Gleichung von beiden übereinstimmend, wenn auch in entgegengesetzter politischer Absicht, ohne Anführungszeichen gelesen wird. Und solange diese Lesart dieser Gleichung vorherrscht, wird es keine revolutionäre Bewegung und keinen Marxschen Kommunismus in Deutschland geben, sondern in letzter Konsequenz immer nur die ‚Alternative‘ Gulag oder KZ!

Ohne darüber Klarheit zu gewinnen, werden die Parteigänger des Marxschen Kommunismus zwangsläufig der einen oder anderen Konterrevolution auf den Leim gehen. In der von U.G.s ‚Zentralorgan‘ gegenüber dem syrischen Gangsterstaat vertretenen ‚Friedens‘-Politik schimmert jedenfalls der neue Gulag heute bereits politisch durch, der in die von seiner Partei ersehnte ‚sozialistische‘ Zukunft fest ‚eingepreist‘ zu sein scheint. Daher verwundert es nicht, daß Anhänger seiner Partei (wie auch U.G. selbst) ausgesprochen panisch reagieren, wenn immer mal wieder jemand, wie im Märchen von des Kaisers neuen Kleidern, entdeckt zu haben meint, daß trotz allen ‚anti‘-faschistischen Wortgeklingels wegen den parteioffiziell nicht gesetzten Anführungszeichen in der Gleichung ‚Rot‘= Braun der Gulag als nackte Tatsache übrigbleibt.

EUK

„Sie lügen wie gedruckt - wir drucken“ ...nur die Halbwahrheiten, die wir eigenhändig produziert haben

Den von U.G. gelieferten Beweisstücken für die im ND in Bezug auf Syrien vertretene ‚Friedenspolitik‘ mangelt es bereits aus einem einfachen praktischen Grund an Glaubwürdigkeit; denn ironischerweise beschäftigten das ND und die jW in den arabischen Länder für den fraglichen Zeitraum dieselbe Korrespondentin. Diese hätte, wenn die Positionen beider Blätter tatsächlich miteinander unvereinbar wären (und die jW vertritt nun mal einen eindeutig militanten ‚Anti-Imperialismus‘ zugunsten Assads¹), an galoppierender Bewußtseinspaltung leiden oder sie muß als lebender Beweis dafür gelten, daß zwischen ND und jW in Wirklichkeit gar keine grundlegenden Differenzen in Bezug auf Syrien bestehen.

Da in den aus der Zeit zwischen Frühjahr 2011 und 2012 stammenden Berichten und Kommentaren

¹ Siehe junge Welt vom 21./22.01.2012; darin kommt Werner Pirker in seiner allwöchentlich erscheinenden Kolumne »Der Schwarze Kanal« unter der Überschrift »**Revolution 21**« zu dem Schluß, daß der »**Umsturz in Libyen und der Aufstand in Syrien nicht die Fortsetzung der arabischen Revolution, sondern ihre Eindämmung**« seien!

hauptsächlich Verlautbarungen von Vertretern des syrischen Regimes zwecks Verbreitung derselben als (Des-)Information durch ‚linientreue‘ Journalisten (andere werden ohnehin kaum ins Land gelassen) zur Sprache kommen, sollen diese mit dem politischen Koordinatensystem konfrontiert werden, innerhalb dessen der staatlich organisierte Massenmord an der syrischen Bevölkerung bis zum heutigen Tage stattfindet.

1. Das ND hat sich nicht von dem Völkermord des Assad-Regimes distanziert, sondern es fordert ebenso wie China und Rußland, daß beide Seiten in diesem angeblichen Bürgerkrieg ihre Kampfhandlungen einstellen und in Verhandlungen treten mögen. In dieser Forderung werden bewußt Ursache und Wirkung vertauscht, um zu verschleiern, daß die syrische Regierung von Anfang an unbewaffnete (anfangs ausschließlich aus Jugendlichen bestehende) Demonstrationen des Arabischen Frühlings zusammengeschoßen hat und dadurch bewußt einen Bürgerkrieg provozieren wollte; daher dient die Forderung nach Verhandlungen zwischen dem Mörder und seinen Opfern dem leicht durchschaubaren Ziel, für das Überleben des Regimes in Damaskus Zeit zu schinden.

So stellt das ND zwar im März 2011 fest, daß in dem von Assad »mit eiserner Hand regierten Syrien« unter Umständen sogar der offene Aufstand drohe. (21.03.2011) Allein eine Beschreibung dessen, was man sich unter dieser »eisernen Hand« konkret vorzustellen habe, wie z.B. das Zusammenschießen von Massendemonstrationen und Trauerzügen durch Scharfschützen oder die Folterung und Hinrichtung von Gefangenen, darunter von Kindern und Jugendlichen oder den Terror von unter dem Schutz der Regierung gegen die Bevölkerung losgelassenen Marodeuren (Shabiha-‘Milizen‘), findet sich dort nicht. Darüber wahrheitsgemäß zu berichten, bleibt der ‚westlichen‘ Presse und dem Internet vorbehalten.

In einem Artikel vom 14.05.2011, der wegen seiner offenen Kritik am Assad-Regime auch in der linksliberalen SZ oder der sozialdemokratischen FR hätte stehen können, werden die Forderungen des ‚Arabischen Frühlings‘ mit der politischen und sozialen Realität in Syrien konfrontiert: es werden Sanktionen gegen das Assad-Regime gefordert, Assads Propaganda-Lüge ironisiert, daß alle Demonstranten angeblich ‚Islamisten‘ seien, der Völkermord am ‚eigenen‘ Volk verurteilt, die deutsche ‚Entwicklungshilfe‘, von der die Masse der armen Bevölkerung nichts, sondern nur die Clique um Assad etwas habe, kritisiert, die Beendigung der Baath-Herrschaft gefordert und schließlich sogar auf die fragwürdige Unterscheidung in den eigenen Reihen zwischen nützlichen und nutzlosen Diktaturen hingewiesen : **»Wer nur darauf schaut, wo die USA stehen, um sich dann auf die andere Seite zu schlagen, erweist der Idee einer progressiven und solidarischen**

Außenpolitik einen Bären dienst – und den Menschen in Syrien sowieso.« Dies ist zumindest ein starker Wink mit dem Zaunpfahl gegen den nicht nur von der jW vertretenen üblichen linken Sozialimperialismus.²

Warum aber, wie es in dem ND-Artikel weiter heißt, Sanktionen nur dann sinnvoll sein sollen, wenn auch **»die Petrodollar-Monarchen am Golf mitmachen – die bislang wenig Sympathie für die arabische Demokratiebewegung gezeigt haben«** und warum Rußland und China, die bis dahin alle Sanktionsforderungen im Weltsicherheitsrat blockiert haben, darin jedoch ungenannt bleiben, verweist letztlich auf den engen politischen Horizont dieser sich im übrigen sehr kritisch gebenden Stellungnahme, in der es abschließend sogar heißt: **»Wer seine eigene Bevölkerung zusammenschießt, der hat am Tisch der zivilisierten Nationen nichts zu suchen«**. Wie wahr gesprochen! Was wir uns allerdings unter einer **»progressiven und solidarischen Außenpolitik«** in diesem Haifischbecken der Weltpolitik des Weltkapitals (mit China als jüngstem ‚weißem Hai‘) konkret vorzustellen haben, dazu bleibt der Autor dieses frommen Wunsches dem Leser eine Antwort schuldig!

In dieser Grauzone zwischen Wunsch und Wirklichkeit, Revolutionarismus und Pragmatismus tritt mit dem Anwachsen des bewaffneten Aufstandes gegen das Assad-Regime in den Berichten der ständigen Korrespondentin von jW und ND aus Syrien, wie sich zeigen läßt, die Beschwichtigungspolitik des ND um so deutlicher zutage.

2. Das ND, das sich in diesem Krieg Assads gegen ‚sein‘ Volk als ‚Friedenspartei‘ darzustellen versucht, bestreitet der syrischen Bevölkerung, deren friedliche Demonstrationen ständig von

2 Vgl. im (scheinbaren) Gegensatz dazu das Interview der jW mit Sevim Dagdelen, der Sprecherin Der Linken für internationale Beziehungen im Deutschen Bundestag vom 14./15. Januar 2012, worin diese ein Wirtschaftsembargo gegen das Assad-Regime mit dem Argument ablehnt, daß **»wirtschaftliche Sanktionen ein antihumanes Mittel der Außenpolitik der NATO-Staaten«** seien und immer nur **»die Bevölkerung«** treffen und **»Kriege mit vorbereiten helfen«**. Eine solche Begründung hätte wörtlich auch von Baschar al-Assad stammen können! Sevim Dagdelen spricht mit diesen Worten der Völkerrechtsgemeinschaft das Recht ab, gegen den Völkermord in Syrien vorzugehen. Und ausschließlich gegen die ‚kriegslüsternen‘ NATO-Staaten einschließlich der BRD gewandt verkündet Frau Dagdelen im traditionellen Breshnew-Stil aus der Zeit um 1968: **»Notwendig sind dagegen neben einer Stärkung des Völkerrechts und dem internationalen Gewaltverbot in den internationalen Beziehungen friedliche und kooperative Konfliktlösungen, Abrüstung und globale Solidarität.«** Angesichts derart leerer Phrasen aus dem Repertoire der sowjetischen Außenpolitik erübrigt es sich, mit der Überlegung an ihren politischen Verstand zu appellieren, daß durch die Duldung des Völkermords in Syrien langfristig auch die Legitimität bürgerlicher Herrschaft selbst in Zweifel gezogen werden und der ‚Westen‘ daher ein elementares Interesse daran hat, diesen zu verhindern. – Im übrigen wird durch dieses Interview die eingangs aufgestellte These bestätigt, daß der Widerstreit zwischen ‚rechten‘ Pragmatisten und dem ‚linken‘ Revolutionaristen als ein seit jeher immer rein taktisch geführter sich heute in Sevim Dagdelens Partei getreulich fortsetzt.

der Armee, den Geheimdiensten und staatlich organisierten marodierenden ‚Geistern‘ (shabiha) angegriffen werden, zwar nicht das Recht, sich gegen diese Angriffe, bei denen inzwischen mehr als 10.000 Menschen umgebracht wurden, zur Wehr zu setzen. Im gleichen Atemzug werden die bewaffneten Kräfte aber als Agenten des Auslands dämonisiert, mit deren Hilfe das syrische Volk angeblich vom ‚Westen‘ versklavt werden soll, obwohl es Assad selbst ist, der sich in Syrien wie eine Marionette des Auslands aufführt, und im Auftrag fremder Mächte ‚sein‘ Volk tyrannisiert und abschachtet.

In einer eindrucksvollen Schilderung berichtet die Korrespondentin (21.01.2012) über die Ermordung von Mitarbeitern der syrischen Energieversorgungsunternehmen durch, wie es in den Worten des Energieministers heißt, **„terroristische Banden“**, die Stromleitungen kappen, Strommasten, Transformatoren und Umspannwerke sprengen. Dadurch werde **»...der Bevölkerung ... eine schwere psychologische Last zugemutet, so der Minister.«** Auch der Ölminister weiß vor den Journalisten zu berichten, daß der **»Ölsektor neben gezielten Angriffen und Sabotage durch bewaffnete Gruppen zusätzlich durch die Sanktionen der USA, der Europäischen Union und einiger arabischer Staaten betroffen«** sei.

Auf die sich in diesem Zusammenhang stellende Frage nach der Berechtigung der ‚westlichen‘ Sanktionen oder den in diesen politischen Breiten naheliegenden Gedanken, daß die Sabotagetrupps vielleicht auch vom Regime selbst ausgesandt worden sein könnten, um im tiefsten Winter aufständische Städte oder einzelne Stadtteile von der Energieversorgung abzuschneiden und dies dann **»bewaffneten Gruppen«** in die Schuhe zu schieben (oder auch, um politisch unliebsame Mitarbeiter auf diese Weise loszuwerden), kommt die Korrespondentin nicht, obwohl aus der Zeit des Irak-Kriegs und der Bürgerkriege im Libanon bekannt sein müßte, mit welcher subtilen Mitteln die Nachbarländer Syriens durch Sabotagetrupps und Selbstmordattentäter destabilisiert wurden, ohne daß deren Auftraggeber offen in Erscheinung traten. Ebenso wenig kommt die Korrespondentin auf den naheliegenden Gedanken, daß sie sich selbst als Journalistin wegen ihrer allzu geringen Distanz zu den sie ‚unterrichtenden‘ Institutionen direkt zum Sprachrohr dieses Regimes und dessen psychologischer Kriegsführung bei der Verschleierung seiner Verbrechen gegen das Volk machen könnte.

Dafür demonstriert sie in ihrer Reportage über ein Mitglied der Baath-Partei, den Historiker George Jabbour, ihre mangelnde Distanz zu den ‚kritischen‘ Befürwortern des Regimes. (27.01.2012) Dieser kritisiert dessen **»harte(s) Vorgehen«** gegen die Bevölkerung nur aus dem einzigen Grund:

weil dadurch der politische Spielraum (für die syrische Intelligenzija) stark eingeengt werde und »**zweifelhafte Gruppen Zulauf**« erhielten, »**die zu den Waffen griffen**«. Es ist demnach, folgt man dieser Logik, nicht das Regime, das das Volk, sondern die in der Türkei residierende Freie Syrische Armee, die »**die syrische Armee in einen Bürgerkrieg**« gezwungen habe, sodaß z.B. »**in den Städten Homs und Idlib... täglich viele Menschen Opfer der [!?] Gewalt werden**«. Wessen Gewalt mag der Historiker wohl dabei im Sinn gehabt haben?

Jabbours ‚Friedens‘diskurs wird von der Korrespondentin nicht etwa zum Anlaß genommen, um diesem z.B. die Frage zu stellen, wie es diesen »**zweifelhafte(n) Gruppen**« gelingen kann, ohne über schwere Waffen zu verfügen, einen Stadtteil nach dem anderen und eine Kleinstadt nach der anderen in Schutt und Asche zu legen, wovon sich selbst die Zuschauer unserer allabendlichen Fernsehnachrichten ein vages (u-tube-Wackel-) Bild machen können? Aber ganz offensichtlich ist nicht diese Gewalt gemeint, sondern in den Worten Jabbours, die Gewalt jener »**Gruppen..., die zu den Waffen (ge)griffen**« haben und damit wie es scheint ganze Stadtteile in Trümmer legen können!

Man muß dem Assad-Regime eines lassen: was seine psychologische Kriegsführung angeht, ist es einsame Weltspitze! Auf welche Weise der vom ND interviewte Historiker selbst ein Rädchen darin sein könnte, zeigt sich, als er dafür plädiert, daß man sich in dieser Situation doch den von der russischen Regierung im UN-Sicherheitsrat eingereichten Vorschlag zu eigen machen und »**die bewaffneten Kräfte und die syrische Regierung an einen Tisch ... bringen**« sollte. Leider sei das allein deshalb nicht durchführbar, weil »**Washington behauptete, es habe keinen Einfluss auf die Kämpfer**«, womit er unterstellt, daß diese samt und sonders Marionetten der USA und des ‚Westens‘ seien. Diese einseitige Stellungnahme des Historikers und früheren Regierungsberaters führt zwangsläufig zu der Gegenfrage: wenn jeder »**Kämpfer**« gegen das Assad-Regime eine Marionette »**Washington(s)**« sein soll, als was dann die ‚kritischen‘ Verteidiger dieses Regimes zu bezeichnen wären? Verglichen mit den »**Gruppen..., die zu den Waffen griffen**« steht dafür eine große Auswahl zur Verfügung...!

3. Das ND unterstützt Rußland, China und die übrigen BRICS-Staaten bei der Torpedierung des von den ‚westlichen‘ Staaten im Weltsicherheitsrat beantragten UN-Mandats zum Schutz der syrischen Bevölkerung vor dem Völkermord des syrischen Staates mit dem Argument, die NATO hätte bereits das Libyen-Mandat dazu mißbraucht, einen Krieg gegen das libysche

Volk und nicht gegen Gaddafi zu führen, wovon allein der ‚Westen‘ profitiert habe. Dasselbe gelte für das vor mehr als 10 Jahren erteilte Afghanistan-Mandat. Die in dieser Argumentation zum Ausdruck kommende Mißachtung der UN-Charta und die Parteinahme (ob offen oder verdeckt) für Völkermörder wie Assad, Gaddafi oder das Taliban-Regime (**dessen Anhänger inzwischen mehr Zivilisten umgebracht haben als die sogenannten ‚westlichen Eindringlinge‘ Feinde des afghanischen Volkes**) wird damit bemäntelt, daß sich durch ein solches Mandat militärische Interventionen von seiten ‚westlicher‘ Großmächte nach Gutdünken legalisieren ließen. Das ND müßte sich dann allerdings fragen lassen, ob die UN lediglich eine Ansammlung idealistischer Weltverbesserer darstellen oder eine Versammlung von in ihrem ureigenen nationalen Interesse handelnden souveränen Staaten, die sich kollektiv dem internationalen (bürgerlichen) Recht unterworfen haben, um ihr Konkurrenzverhältnis untereinander (auf nicht-kriegerische Weise) zu regeln, und zwar in Verbindung mit dem gemeinsam gesetzten Ziel, die Klasseninteressen der Welt-Bourgeoisie (gegen das Weltproletariat) durchzusetzen? Letzteres wäre ein materialistisches Argument gegenüber der vom ND vertretenen idealistischen ‚Friedenspolitik‘, die sich als die rein taktische Variante der von Linken Sozialimperialisten vertretenen revolutionaristischen Auffassung herausstellt, wonach es sich bei den UN um einen us-hörigen Idealistenverein von Weltverbesserern handle. Eine solche Auffassung unterscheidet sich im Prinzip nicht mehr vom völkerrechtlichen Nihilismus rechter Sozialpopulisten.

In einem Bericht (30.01.2012) zu den Verhandlungen innerhalb der Arabischen Liga über die Frage, ob die (in Untervollmacht der UN) mit Assad ausgehandelte Beobachter-Kommission ihre Tätigkeit vorläufig einstellen und aus Syrien abgezogen werden muß, weil ihr von seiten der syrischen Behörden nicht die geringste Bewegungsfreiheit zugestanden werde, nimmt die Korrespondentin des ND eine scheinbar neutrale Position ein. Parteilichkeit läßt sich aber auch (in altbekannter DDR-Manier) daran festmachen, worüber nicht berichtet wird.

So habe, wie es kommentarlos heißt, das syrische Außenministerium völlig überrascht auf den Beschluß der Arabischen Liga reagiert (wohl wissend, daß die Liga nach diesem Affront nur auf solche Weise hat reagieren können!!!) und den Verdacht geäußert, daß **»der Bericht der Mission „einigen Ländern in der Liga nicht gefallen (habe), weil darin die Anwesenheit bewaffneter Gruppen dokumentiert ist, die die Zivilbevölkerung, die Armee und staatliche Sicherheitskräfte ebenso angreifen, wie öffentliche und private Einrichtungen sowie Gas- und Ölpipelines“**«. Die syrische Regierung sei dagegen weiterhin bereit, mit der Kommission zusammenzuarbeiten, um in Umsetzung des Plans der Arabischen Liga **»jede [sic!] Gewalt zu beenden, egal von welcher Seite**« sie komme. Das klingt so, als haben nicht die syrische Seite die Arabische Liga an der Durchsetzung ihres gemeinsamen Übereinkommens gehindert, sondern besagte **»bewaffnete Gruppen**«, die, wie dem Leser nahegelegt wird, offenbar von einigen

Mitgliedern der Liga gesponsert werden, (womit nur Saudi-Arabien und die Golf-Staaten gemeint sein können!). Das aber wird offen gelassen. Dafür zitiert die Korrespondentin den russischen UN-Botschafter, der vor einem ‚regime-change‘ in Syrien gewarnt habe. **»Der Sicherheitsrat solle sich nicht zum Werkzeug machen, um Ländern bestimmte Lösungen aufzuzwingen.«** (Daß die BRICS-Staaten der Mehrheit der syrischen Bevölkerung ihrerseits eine bestimmte Lösung in ihrem Widerstand gegen das Assad-Regime aufzwingen, um dessen politisches Überleben zu sichern, fällt dabei nicht weiter ins Gewicht!)

In derselben Ausgabe des ND (30.01.2012) heißt es in einem redaktionellen Kommentar: in einer schmallippigen Erklärung habe die Arabische Liga verkündet, sie werde ihre Beobachter aus Syrien abziehen, während die syrische Exilopposition das Ende der Mission als Bestätigung ihrer Ansicht feiere, daß sich mit **»neutraler Beobachtung ... die erwünschte Dämonisierung der syrischen Führung nicht bewerkstelligen«** lasse. Mit seiner breitmäuligen Verteidigung **»der syrischen Führung«** vor ihrer **»Dämonisierung«** durch den ‚Westen‘ und der links-populistischen Absage an die Völkerrechtsgemeinschaft geht der Kommentator noch einen Schritt über die doppeldeutigen Formulierungen des russischen UN-Botschafters hinaus, wenn er hinzufügt: **»Der schleichende Bürgerkrieg in Syrien läuft in einer Grauzone ab, in der die tatsächlichen Geschehnisse schwer erkennbar sind; damit auch die Frage, wer mehr Interesse haben könnte, dass das so bleibt: Assad oder seine Gegner.«** Die zu erwartende Antwort dieses vehementen Verteidigers des allein an ihrer Gegnerschaft gegen den ‚Westen‘ orientierten Weltbildes Der Linken liegt auf der Hand....

4. Das ND hüllt den üblichen Linken Manichäismus, von dem ausgehend die Welt in den bösen imperialistischen ‚Westen‘ einerseits und die guten ‚östlichen‘ und ‚südlichen‘ ‚antikapitalistischen‘ Feinde des ‚Neoliberalismus‘ andererseits gespalten sei, in ein pluralistisches Mäntelchen, damit auch die zwischen den Fronten stehenden (et altera pars) ‚friedlichen Oppositionskräfte‘ als ‚Stimme der Vernunft‘ Gehör finden sollen. Bei diesen handelt es sich u.a. um die politischen Erben jener Seilschaften, die den Rückzug des großrussischen Sozialimperialismus aus der ‚Dritten Welt‘, so auch aus Staaten von ‚anti-imperialistischen‘ Henkerregimes wie demjenigen Saddam Husseins, Gaddafis oder Assads, durch ihre Unterwerfung unter den von diesen Regimes gepflegten ‚anti-imperialistischen‘ Popanz bisher als ‚kommunistischer‘ Wurmfortsatz derselben überlebt haben und jetzt die Zeit für gekommen halten, sich in den anti-‘westlichen‘ Kampf der BRICS-Staaten gegen den Popanz des ‚Neoliberalismus‘ einzureihen, wozu auch die Verteidigung des Assad-Regimes zu gehören scheint.

Solche »**Stimmen der Vernunft**« hatten sich, wie die Korrespondentin aus Damaskus berichtet, Ende Juni 2011 dort versammelt, um darüber zu debattieren, »**welche Forderungen an das Regime formuliert und wie weiter vorgegangen werden sollte**«, um einen Dialog mit Assad aufzunehmen – unter der einzigen Bedingung, daß das »**gewaltsame Vorgehen der Sicherheitskräfte gegen die Protestbewegung gestoppt und alle bisher inhaftierten Demonstranten freigelassen werden**«. (04.02.2012) Diese von seiner Intelligenzija an ihn gerichteten Forderungen werden Assad bestimmt in große Panik gestürzt haben! Um ihnen durch eine gewisse ‚kritische‘ Distanzierung noch größeren Nachdruck zu verleihen, soll die »**Integration der Protestbewegung in das Regime ebenso verhindert werden wie die Radikalisierung**« derselben. »**Man müsse**«, so ein Sprecher, »**den “Weg öffnen für eine politische Lösung”**«. Zu diesen »**Stimmen der Vernunft**« gehört, wie die Korrespondentin mitteilt, auch »**Die Volksfront für Veränderung und Befreiung**« und darin wiederum das »**Nationalkomitee für die Einheit der Kommunisten**«. Da kann ja dann eigentlich nichts mehr schiefgehen...

Bar jeglicher Vernunft erscheinen der Korrespondentin dagegen die verummumten Männer, die hier, wie sie aus Damaskus berichtet, noch vor einer Woche »**stolz ihre Waffen in die Kamas internationaler Fernsehsender (hielten) und schworen, „mit Allahs Hilfe Präsident Baschar al-Assad aufzuhängen“**. Nun schlägt die Armee zurück. Viele Syrer seien der Armee sogar (?) »**dankbar dafür**«, sagt Sawsan Zakzak, Frauenrechtlerin und Vertreterin der innersyrischen **Opposition, deren Stimme weder in Kairo noch in Brüssel oder New York zählt**.« Sie und ihre Gefährt(_inn)en lehnten jegliche Gewalt, von welcher Seite sie auch komme, ab. Diese Gewalt (und nicht etwa das grausamen Handwerk von Assads Scharfschützen und Halsabschneidern) habe die friedlichen Proteste verdrängt und den Raum für den politischen Wandel Kriminellen überlassen. Daher sei jetzt die Zeit der Extreme eingetreten, wo niemand mehr auf die Stimme der Vernunft höre. »**In ihrem Handeln seien das herrschende Regime und der im Ausland agierende Syrische Nationalrat gleich, der sich Anfang des Jahres mit der „Freien Syrischen Armee“ zusammengeschlossen hat, sagt die Aktivistin: „Zwei Seiten einer Medaille.“ Unbeirrt wirbt sie weiter für eine Verhandlungslösung, „die einzige Lösung, die es für Syrien gibt“**«.

Für die syrische Bevölkerung ist diese ‚Stimme der Vernunft‘ ist wohl eher Teil des Problems als Teil der Lösung. Denn je mehr der bewaffnete Aufstand gegen Assad an militärischer Stärke gewinnt, desto verbissener wird im ND die Fiktion einer ‚friedlichen‘ Veränderung der Verhältnisse

und des angeblich um das Wohl seines Volkes besorgten Führers aufrechterhalten. Kommentarlos berichtet das Blatt über die Initiative des russischen UN-Botschafters Tschurkin, der **»Vertreter des Regimes und der Opposition zusammen mit denen der Arabischen Liga zu direkten Gesprächen nach Moskau«** eingeladen habe. (02.02.2012) Welcher Opposition? Die Opposition, zu deutsch das Entgegensetzen des bewaffneten Aufstands gegen die Mörderbanden des Assad-Regimes oder die offiziell von Assad geduldete Schein-Opposition, die an der Fiktion einer Erweiterung sogenannter **»politischer Räume«** festhält, und deren Vertreter sich wie in alten Zeiten ihren Segen direkt aus dem russischen Außenministerium abholen?³

Von der Moskauer ND-Korrespondentin erfahren wir daraufhin, daß (wie nicht anders zu erwarten) die **»Regierung in Damaskus zustimmend«** auf die Einladung des russischen UN-Botschafters reagiert habe. **»Ihre Gegner indes legten sich quer.«** (01.02.2012) Gemeint sind ihre bewaffneten Gegner. Dennoch scheint sich von Moskau aus für die dortige Linke die Lage in Nuancen anders darzustellen als von Damaskus oder Berlin aus betrachtet. Wohl um es sich mit der anwachsenden Opposition gegen das Putin-Regime nicht zu verderben, kann dort nicht ganz unberücksichtigt bleiben, daß die russische Marine **»syrische Häfen als Stützpunkte für die Versorgung mit Treibstoff bei Operationen im Mittelmeer«** benutzt und für Milliarden-Beträge russische Waffen, einschließlich Kampffjets, an das Assad-Regime liefert. **»Auch solche, die die reguläre Armee bei Kämpfen mit den Rebellen einsetzt«**, sodaß es als wenig wahrscheinlich gelte, daß das auch nach einem Sieg der **»Opposition«** noch der Fall sein werde. Also auch hier scheint man anders als in

3 Laut FAZ vom 27.04.2012 distanzierte sich ein Sprecher des russischen Außenministeriums von der syrischen Opposition, die **»mit einer Taktik des Terrors«** darauf abziele **»nach dem Muster von Al Qaida bei Anschlägen so viel Zivilisten wie möglich zu töten.«** Damit waren selbstverständlich nicht die Killer-Kommandos der Armee des Assad-Regimes gemeint! Zuvor hatte **»Außenminister Lawrow in Moskau mit Abgesandten der Nationalen Progressiven Front verhandelt, einem Parteienbündnis, zu dessen Mitbegründern 1972 auch die Baath-Partei gehört hatte. Kadri Dschamal, einer der Köpfe dieser Bewegung, sagte, die objektiven Bedingungen für den Beginn eines nationalen Dialogs seien jetzt in Syrien gegeben. Das Regime müsse aber endlich verstehen, dass es sich im Verlauf dieses Prozesses zu verändern habe. Rußland spiele eine wichtige Rolle in dem Bemühen, Einmischung von außen in Syrien zu verhindern.«** Damit meinte er selbstverständlich nicht die russischen Waffenlieferungen an Assad und den warme Hafen für die russischen Marine in Tartus. Aber zumindest ist jetzt geklärt, was wir uns unter jener o.g. Erweiterung sogenannter **»politischer Räume«** vorzustellen haben. Und was den Begriff der syrischen Opposition betrifft, scheinen aber auch innerhalb der russisch-chinesischen ‚Achse‘ gegen ‚den Westen‘ unterschiedliche Auffassungen zu diesem zu existieren. Laut FAZ vom 10.02.2012 wurde in Beijing eine **»Delegation des nationalen Koordinierungskomitees für Demokratischen Wandel«** vom stellvertretenden chinesischen Außenminister empfangen, die sich **»aus überwiegend linksgerichteten Parteien und Gruppen«** der syrischen Opposition zusammensetzte. Und auf der Web Site des Syrian National Council wird unter dem Datum vom 10.05.2012 von einem Treffen einer Delegation des SNC unter der Leitung von Burhan Ghaliun mit dem stellvertretenden chinesischen Außenminister, sowie einem Mitglied des ZK der KPCh und mit Außenminister Yang Jiechi berichtet, der erklärt habe, daß China auf der Seite des syrischen Volkes stehe, aber in Übereinstimmung mit der UN-Charta gegen jegliche militärische Intervention in Syrien eintrete. Die chinesische Diplomatie scheint unter der syrischen Opposition offenbar nicht ganz dasselbe zu verstehen wie die russische.

Berlin unter dem Begriff der syrischen Opposition nicht ganz dasselbe zu verstehen wie das Russische Außenministerium.

Diese antiimperialistische Stimme aus dem einstigen Mutterland der Oktoberrevolution hätte mit ihrer nüchternen Einschätzung der Ziele der Auswärtigen Politik des Putinschen neuen Zarentums Anlaß zum Nachdenken darüber bieten können, daß friedliche ‚Opposition‘ allein gegen einen Völkermörder ganz schlicht eine Fiktion ist. Darauf scheint auf den ersten Blick der Beitrag eines im Berliner Exil lebenden syrischen Autors (04.02.2012) hinzudeuten, in dem der **»Frust über Vetternwirtschaft und absolute Kontrolle durch die 16 verschiedenen Geheimdienste im Land«** unüberhörbar beim Namen genannt wird. Bei näherem Hinsehen stellt sich leider heraus, daß aus diesem Frust lediglich die abstrakte Idee **»nach einer neuen, emanzipatorischen Politik ..., die eine freiere, offenere Gesellschaft ermöglichen soll«**, geboren wurde, die darin gipfelt, Komitees zu gründen, die sich durch die vom Assad-Regime verursachten Gewaltszenen aber bitte nicht provozieren lassen und **»verhindern«** [sic!] mögen, **»dass sich die Menschen gewaltsam [sic!] gegen die Schergen des Assad-Clans wehren – und das ist auch gut so. Die internationale Gemeinschaft sollte auch darüber nachdenken, wie die Menschen geschützt und der unbewaffnete Aufstand unterstützt werden können.«** Als ob dabei außer nachdenklichen politischen Qualmwolken irgendetwas Sinnvolles herausgekommen wäre! Merke: je stärker der bewaffnete Widerstand gegen das Völkermörder-Regime Assads an Boden gewinnt, desto subtiler arbeitet seine auch im Ausland politisch unterstützte Gegenpropaganda, um diesen Widerstand zu unterlaufen!

In diesem Zusammenhang muten die in Berlin eilends aus dem Boden gestampften Aktivitäten einer Initiative zur Unterstützung der Proteste in Syrien unter dem Label ‚Adopt a Revolution‘ ausgesprochen lächerlich an, wenn von dieser ‚Soli-Gruppe‘ dazu aufgerufen wird, **»Patent«** für die syrische Revolution zu bilden. (04.02.2012) Die **»Patent«**, die zu solchen Ideen ermuntert werden, sitzen vermutlich im Regierungsviertel von Damaskus und im Moskauer Außenministerium. Die Initiative wolle, wird mit großer Entschlossenheit verkündet, und so als wären die äußeren Bedingungen dafür in Berlin dieselben wie in Damaskus, dafür sorgen, daß die Komitees ihr Recht auf Demonstration ausüben und eine **»emanzipatorische Politik«** betreiben können. **»Wir sagen: Wir müssen diejenigen stärken, die täglich den friedlichen Protest praktizieren.«** Dieser werde zwar, wie sich nicht bestreiten lasse, von der Freien Syrischen Armee geschützt, mit der die

Komitees aber nicht zusammenarbeiteten, sondern »mit dem friedlichen, gewaltfreien Teil der Opposition ..., um ihn zu stärken. Wenn die Mehrheit der Menschen unbewaffnet auf die Straße geht, kann ein Bürgerkrieg verhindert und damit eine militärische Intervention unwahrscheinlich, wenn nicht sogar unmöglich werden. ... Uns ist wichtig, dass die Menschen versuchen, eine Wende und demokratische Öffnung zu erreichen, ohne zu den Waffen zu greifen und nicht dem Geheimdienstler oder Polizisten nach dem Leben zu trachten.« Präziser läßt sich nicht zum Ausdruck bringen, wozu der Antiimperialismus der deutschen Linken inzwischen herabgesunken ist und was sie, wie es immer so schön sozialkitschig hieß, unter der ‚Zärtlichkeit zwischen den Völkern‘ versteht oder darunter, ‚...auf welcher Seite du stehst‘!

5. Daher zeigt das Eintreten des ND für die **hinhaltende Verteidigung anti-‘westlicher‘ Henkerregimes wie demjenigen Gaddafis und jetzt Assads, daß der ‚Bruch‘ mit dem ‚Stalinismus‘ zwar verbal erfolgt sein mag, dieser aber im Linken Sozialimperialismus und anti-‘westlichen ‘Nationalchauvinismus fortlebt und -webt, sodaß unter dem Zwang der Ereignisse und Verhältnisse eines Tages der provisorisch übergetünchte ‚demokratische‘ Lack durchaus wieder abblättern und darunter erneut die alte sozialfaschistische Fratze zum Vorschein kommen könnte. Wie das dann aussähe, läßt sich an den Stellungnahmen des ND zu Gaddafis nicht mehr zur Ausführung gekommenen Völkermord an der ‚eigenen‘ Bevölkerung in Ost-Libyen ablesen, woran dieser von der Völkerrechtsgemeinschaft (bei Stimmenthaltung von Rußland, China und deren westlicher Satrapie BRD) allein deshalb gehindert werden konnte, weil er militärisch zu schlecht organisiert und gegenüber den ‚westlichen‘ wie ‚östlichen‘ Großmächten politisch zu stark isoliert war. In den genannten Beiträgen des ND wird aber weder gegen den versuchten noch den momentan praktizierten Völkermord Gaddafis und Assads eindeutig Stellung genommen. Folglich gibt es auch zwischen dem ND als Sprachrohr der ‚Friedenspartei‘ und dem ‚prinzipienfesten‘ Linken Sozialimperialismus der jW keine ernsthaften Differenzen; es finden noch nicht einmal die sonst zwischen politischen Konkurrenten üblichen Scheingefechte statt. Eher scheint zwischen beiden Blättern so etwas wie eine pazifistisch-‘anti-imperialistische‘ Arbeitsteilung zu existieren, bei der unter Wahrung ‚linker‘ Solidarität der anderen Seite kein Härchen gekrümmt wird.**

Die Funktion des ND als einem Überträger der Botschaft des Assad-Regimes, die da lautet: bei uns ist alles ‚friedlich‘,⁴ wenn nur die »**bewaffneten Gruppen**« nicht wären, tritt nirgendwo deutlicher zutage als in dem Bericht seiner Korrespondentin aus dem »**umkämpften Homs**«. (30.01.2012)

4 Im Januar 2011, unmittelbar nach Ausbruch der Arabischen Revolution konnte Assad laut FAZ vom 01.02.2011 in einem Interview mit dem *Wall Street Journal* noch mit der stolzen Überzeugung des angeblichen Reformers verkünden, daß die Lage in Syrien „stabil“ sei, „obwohl wir schwierigere Umstände haben als die meisten anderen arabischen Staaten“. Der »Grund dafür sei die enge Bindung seiner [= Syriens] Führung „an die Überzeugungen des Volkes: Wenn es einen Riß gibt zwischen offizieller Politik und den Überzeugungen und Interessen des Volkes, entsteht ein Vakuum, das Unruhen erzeugt.« In diesem Interview habe Assad die Zulassung von mehr NGOs in Syrien und den Abbau von bürokratischen Schranken für die Zivilgesellschaft angekündigt. [!]

»**Homs gilt**«, heißt es im Aufmacher zu dem Artikel, **»als Zentrum der Kämpfe zwischen syrischer Armee und bewaffneten Gegnern von Präsident Assad. Das syrische Informationsministerium organisierte vergangene Woche eine Journalistenreise in die drittgrößte Stadt Syriens«**. Der Trupp der Journalisten wird an das Krankenbett eines männlichen (zivilen?) Opfers der Kämpfe der Ordnungskräfte mit den **»bewaffneten Gegnern von Präsident Assad«** geführt, der erklärt, daß es ohne Assad keine Freiheit und ohne die Armee keine Sicherheit in Syrien geben werde. **»“Ich frage Obama, Sarkozy, Hamad (den Emir von Katar – K. F.): Warum geschieht das alles hier? Warum? Syrien ist unser Land!“ Wie viele [!?] Syrer wirft auch dieser Mann den USA, Frankreich und Katar vor, bewaffnete Gruppen in Syrien finanziell zu unterstützen und von einer Verhandlungslösung abzuhalten.«** Ein Krankenhausbesucher erklärt den Journalisten: **»“Bewaffnete schießen auf uns, wenn wir die Straße überqueren wollen, unser Leben hier ist reiner Terror.“ Niemand wisse, wer sich hinter den Masken verstecke, rund um die Uhr schüchterten sie die Bewohner ein. Alle Syrer wollten wirtschaftliche und politische Veränderungen im Land, doch mit Demokratie und Freiheit habe das nichts mehr zu tun, sagt er.«** Hätte die Korrespondentin, um nicht von vornherein als schlichtes Sprachrohr der Propaganda des Assad-Regimes zu erscheinen, hier nicht wahrheitsgemäß ergänzen müssen, daß es zuallererst Assads Scharfschützen waren, die Teilnehmer von friedlichen Demonstrationen, Trauerzügen und Ansammlungen von Zivilisten erschossen haben? Aber ohne den geringsten Zweifel an der Glaubwürdigkeit dieses ‚Zufallszeugen‘ zu hegen, läßt die Korrespondentin diesen noch hinzufügen: **»“Das erste, was sich ändern muss, ist diese unerträgliche Situation.“ Nach seiner Meinung müsste die Armee härter gegen die bewaffneten Gruppen durchgreifen.«**

Als sich in der Nähe des Platzes unter der Turmuhr die allwöchentliche Freitagsdemonstration formieren will, wird in den Seitenstraßen geschossen, in die die Journalisten in Schußwesten für das Schießen eines passenden Fotos ausschwärmen. Unsere Korrespondentin befragt währenddessen einen Tourismus-Studenten über seine Einschätzung der Lage. Er sei von Leuten, die Masken tragen, aufgefordert worden, sich der Revolution anzuschließen, sonst ginge es ihm schlecht. Er sei aber neutral und plädiere für eine friedliche Lösung; die Revolution werde vom Ausland ausgenutzt.

Wie es scheint ganz unprogrammgemäß, improvisiert ein (zufällig vorbeikommender?) Passant vor den Journalisten plötzlich eine Rede: diese sollten nach Baba Amre und Khaldiye fahren, dort

werde überall getötet. Auf die Frage, was er selbst von der Lage in Syrien halte, antwortet er; das solle man besser Assad fragen. **»Andere Männer kommen hinzu. Vor Kameras und Mikrofonen entsteht ein heftiger Streit. Schließlich löst sich die Menge auf. Die Männer verschwinden in einem Café, die Journalisten verlassen die Stadt Richtung Damaskus.«**

Unsere ND-Korrespondentin ist nicht in der Lage zu unterscheiden, welche ihrer ‚zufälligen‘ Begegnungen von agents provocateurs inszeniert gewesen sein und welche der befragten Bewohner sich mutig über die Grenzen des Erlaubten hinausgewagt haben könnten, um den ausländischen Reportern trotz der unübersehbaren Anwesenheit von Staatsbediensteten in ihrem Umkreis ein von der offiziellen Propaganda abweichendes Bild der Situation in Homs zu vermitteln. Sie scheint keinerlei Anlaß zu irgendwelchem Argwohn verspürt und sich in der geschilderten Situation ebenso geborgen gefühlt zu haben wie die sie umschwärmenden ‚Sicherheitsnadeln‘, die jedem politisch aufmerksamen Besucher der Anrainerstaaten des südlichen und östlichen Mittelmeers wegen ihres allzu ‚normalen‘ Verhaltens eigentlich früher oder später auffallen müßten.

Gerade diese **»Genauigkeit«**, deren es dem Bericht der ND-Korrespondentin aus dem syrischen ‚Bruderstaat‘ so ausgesprochen mangelt, verlangt Die Linke im fernen Berlin von der deutschen Bundesregierung und deren Sanktionspolitik gegenüber dem Assad-Regime! (08.02.2012) Unter der zu allem entschlossenen Überschrift **»Für ein Ende des Tötens in Syrien sind alle«**, wird der **»bürgerkriegsähnliche Konflikt in Syrien und das mittlerweile globale Kräfteressen um dessen Ausgang«** für **»untolerierbar«** erklärt, aber im gleichen Atemzug die Forderung nach einem Führungswechsel in Damaskus zurückgewiesen. Die Linke teile zwar die **»scharfe Kritik am Vorgehen der syrischen Regierung«** von seiten der anderen politischen Parteien. Ein Abgeordneter der Linken im Bundestag erklärt sogar frank und frei, Assad sei ein **„ein Diktator“**, der **„spätestens mit der Gewalt gegen die eigene Bevölkerung seine Legitimation verloren“** habe. Dennoch habe er sich nicht hinter die von Deutschland im UN-Sicherheitsrat eingebrachte Resolution stellen können, weil sie die Drohung enthalte, bei ihrer Nichteinhaltung **„weitere Maßnahmen“** zu erwägen. Dadurch würde aber nur eine Sanktionsspirale wie im Fall des Irak hervorgerufen. Ein anderer Abgeordneter Der Linken betont, daß eine Resolution gegen Syrien jegliche Form der gewaltsamen Einmischung und die Androhung militärischer Gewalt ausschließen müsse. **»Statt dessen sollte eine Resolution des Sicherheitsrates einen Dialogprozess in Syrien selbst in Gang setzen.«** Und der Abgeordnete Gehrke weiß zu berichten: **»Nach meinen**

Informationen sind auf Seiten der Aufständischen bereits 40 000 Menschen unter Waffen. Der Gewaltverzicht muss also beiden Seiten abgefordert werden.« Der Abgeordnete Gehrke sagt aber nicht, worauf sich seine Zahlen stützen oder woher er diese hat. Die Herkunft seiner Forderung nach einem Gewaltverzicht »**beider Seiten**« läßt sich dagegen eindeutig lokalisieren...!

Unsere Linke Presseschau dieser Auswahl von ND-Artikeln und -Kommentaren soll nicht beendet werden, ohne noch auf einen weiteren Aspekt der Berichterstattung des ND zu sprechen zu kommen: das taktische Verhältnis der Linken zu den Menschenrechten, das wiederum ein bezeichnendes Licht auf ihr Verhältnis zur Arabischen Revolution in Syrien wirft. Anlässlich des Besuches der Bundeskanzlerin in China titelt das ND in seinem Aufmacher: (03.02.2012) »**Während die Bundesregierung es sich zum Ritual gemacht hat, die Einhaltung der Menschenrechte in China anzumahnen, geht es beim Besuch Angela Merkels (CDU) in dem ökonomisch immer mächtiger werdenden Land tatsächlich um internationale Wirtschaftskonflikte. Der „hochrangigen Wirtschaftsdelegation“, mit der die Kanzlerin reist, ist viel daran gelegen, deutschen Unternehmen die Absatzmärkte zu garantieren und den Zugriff auf seltene Rohstoffe und Metalle zu ermöglichen.**«

Als erstes drängt sich dem Leser die Frage auf, ob denn die ‚westlichen‘ Ermahnungen an die Adresse der chinesischen Regierung zur Einhaltung der Menschenrechte wirklich so völlig unbegründet sind, wie in den obigen Formulierungen nahegelegt wird und als zweites die Frage, ob die vom ND vermuteten »**Wirtschaftskonflikte**« (wobei es sich nicht, wie es beim ersten Lesen erscheint, um einen Freudschen Druckfehler handelt!) lediglich von einer, nämlich der deutschen, Seite verursacht wurden? China ist nicht irgendein beliebiges ‚Entwicklungsland‘, sondern wird wahrscheinlich in wenigen Jahren Weltwirtschaftsmacht Nummer Eins sein; da gehört schon ein gewisses Quantum an politischer Naivität dazu, Deutschland als alleinigen Auslöser der »**Wirtschaftskonflikte**« zwischen beiden Weltwirtschaftsmächten auszumachen! Diese Einseitigkeit kann nur verstehen, wer weiß, daß es zu den Jahrzehnte lang geübten Linken Denkgewohnheiten gehört hat, dem ‚Westen‘ im Vergleich mit der ehemaligen sozialimperialistischen Supermacht automatisch den Schwarzen Peter zuzuschieben. Daran hat sich offenbar nichts geändert. Nur, daß jetzt die neue ‚sozialistische‘ Supermacht, der nach wie vor ihre politischen Staatsverbrechen schweigend nachgesehen werden, weiter östlich angesiedelt ist.⁵ Zum

⁵ ...zu der sich als einer der wenigen Linken offen und ohne Umschweife allein der italienische ‚kommunistische‘

Spötter über den machiavellistischen Charakter der ‚westlichen‘ Menschenrechtspolitik sollte sich niemand machen, der gleichzeitig, will er sich nicht zum Komplizen der vom ‚Westen‘ halbherzig und selektiv beklagten chinesischen Staatsverbrechen machen, über diese schweigt!

Gemessen an dem Wenigen, was an Berichten über politische Verfolgungen von ‚Dissidenten‘ in die ‚westliche‘ Presse durchsickert, klingt die Kommentierung der bei dem Staatsbesuch von deutscher Seite angemahnten Einhaltung der Menschenrechts-Standards im ND wie ein bitterer Hohn auf die Politik eines Regimes, von dem jeder weiß, daß derartige Ermahnungen von diesem als leeres politisches Ritual ‚westlicher‘ Staatsgäste abgehakt werden: **»Von Zeit zu Zeit, in regelmäßigen Abständen, setzt Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) sich ihr Menschenrechtshütchen auf. Dann geht es auf die Reise, dieses Mal nach China, einen nominell kommunistischen Staat, der seit vielen Jahren Gefallen daran gefunden hat, als Staatskapitalismus zu agieren und nichts anderes tut als die Mächte des Westens auch: seine ökonomischen Interessen im Ausland sichern.«**

Wirklich nichts anderes? Offenbar scheint auch die Partei, als deren ‚Zentralorgan‘ das ND erscheint, an einem **»Staatskapitalismus«** wie dem chinesischen durchaus **»Gefallen«** zu finden, was die Vermutung nahelegt, sie würde diesen früher oder später auch in Deutschland einführen, d.h. das bürgerliche Recht zum alten Eisen werfen und die kapitalistische durch eine vor-kapitalistische Mischung aus **»Staatskapitalismus«** und orientalischer Despotie ersetzen wollen.⁶

Professor, Domenico Losurdo bekennt: siehe junge Welt (Sonder-Beilage) 14./15.01.2012: **Ein Gespräch mit Domenico Losurdo. »Revolutionär ist, das westliche Technologiemonopol zu brechen«. Über die Bedeutung der chinesischen Revolution, den Beitrag Antonio Gramscis und den Weitblick des Manifests der Kommunistischen Partei.**

- 6 In dieser Richtung hat die Vorsitzende Der Linken bereits kurz nach ihrer Wahl auf dem Parteitag in Göttingen einige Duftmarken gesetzt, die andeuten, wohin mit Lafontaines ‚Tochter‘ und dieser Partei die weitere Reise gehen soll; so stellt sie anlässlich der Bundeswehr-Rede des neuen Bundespräsidenten laut FAZ vom 14.06.2012 fest, daß, wenn **»Gauck verstärkt darüber debattieren wolle, ob die Verletzung von Menschenrechten in anderen Staaten oder der Terrorismus das Führen von Kriegen rechtfertige«**, er **„Werbung für Kriegseinsätze im Amte des Staatsoberhauptes“** betreibe. Mit Hilfe eines ähnlichen Vorwurfs war es Der Linken seinerzeit gemeinsam mit der Opposition im Bundestag gelungen, den vorvorigen Bundespräsidenten aus dem Amt zu scheuchen. Nur daß es damals um die Frage der Verteidigung der Freiheit der Meere gegen salafistische Piraten vor der Küste Somalias gegangen war, ein internationales Recht, dessen Anwendung dem damaligen Bundespräsidenten in einem bedingten ‚linken‘ Reflex als deutsches Weltmachtstreben ausgelegt worden war, eine Unterstellung, gegen die ihn auch die Bundeskanzlerin nicht verteidigen wollte. Laut FAS vom 16.06.2012 will die neue Vorsitzende der Linkspartei außerdem Einkommen von mehr als 40.000 € im Monat mit 100% besteuern lassen. **»Das sei keine Neiddebatte, sondern auch eine demokratiethoretische Frage.«** Darüber hinausgehende Einkommenszuwächse flößen sonst für gewöhnlich in Bestechungsversuche und Finanzspekulationen. Bei ihrem Vorschlag stützt sie sich auf den französischen Linkspopulisten Mélançon, der mit einer ähnlichen Forderung bereits erfolgreich gewesen sei. In einem Interview mit der FAZ vom 14.06. erklärt ihr Ko-Vorsitzender Riexinger den **»Linkspopulismus«** zur **»zugespitze(n) Ansprache gegen „die da oben“**« Es gebe, ergänzt Kipping, so etwas **»wie einen gesunden**

Auf dem deutschen Sonderweg von Berlin über Moskau in der Transib nach Beijing

Historiker werden eines Tages die Stimmenthaltung der BRD im Sicherheitsrat der UN verbunden mit der Weigerung Deutschlands, an der Einrichtung und Aufrechterhaltung einer Flugverbotszone in Libyen, zu der die NATO vom Sicherheitsrat ermächtigt werden sollte, teilzunehmen, als den entscheidenden Wendepunkt in der deutschen Nach-‘Wende‘-Politik bezeichnen. Daß die deutsche Stimmenthaltung keineswegs nur der Ausrutscher eines i.d.R. inkompetenten und daher für den Job besonders geeigneten deutschen Außenministers gewesen ist, wird nach dem seit über einem Jahr in Syrien stattfindenden Völkermord zur deutlichen Gewißheit. Wer die Berichterstattung im Zentralorgan der westdeutschen Bourgeoisie in den letzten Monaten aufmerksam verfolgt, wird darin ebenso eine Bewegung in Richtung ND als in die bisher von der FAZ vertretene Richtung feststellen: unversehens taucht das Assad-Regime aus dem propagandistischen Nebel des von diesem in Gang gesetzten Bürgerkriegs wie der Felsblock im tosenden Meer des Islamismus wieder auf, während die arabische Revolution darin angeblich ihrem Untergang entgegenreibe.⁷

Kein Zweifel, der Islamismus ist das Opium des Volkes, dessen Elend die Eliten des asiatischen Kapitalismus nicht einmal zum Schein beseitigen werden, der von ihnen skrupellos instrumentalisiert wird, um mit diesem Potential gegen ‚den Westen‘ (der seinerseits auf vielfältige Weise in dessen Machinationen verstrickt ist) politisch Punkte zu sammeln.

Der Unterschied zwischen der arabischen Revolution in Ägypten und Syrien besteht, wie sich

Alltagsverstand. Wenn die einfachen Leute sehen, daß sie bezahlen sollen und die Besitzer großer Vermögen nicht. Die Linke will die soziale Polarisierung aufheben, und die wird bei den Rechtsradikalen nicht angesprochen ... Ich würde sogar sagen, daß unser Krisenlösungsansatz dem rassistischen entgegensteht.«

Rein formell gesehen, mag das zutreffen, aber materiell stehen die beiden konträr erscheinenden ‚Krisenlösungsansätze‘ auf derselben faschistischen Grundlage. Wir sollten den beiden Vorsitzenden Der Linken dankbar sein dafür, daß sie die Konvergenz von rechtem und linkem Sozialpopulismus so offen und ehrlich ausgesprochen und damit die Gleichung ‚Rot‘ = Braun mit großer Eleganz eindeutig bewiesen haben!

- 7 Nachdem sich erste Zweifel an der Täterschaft des Assad-Regimes am Massaker von Hula bestätigt hatten, bemühte sich die FAZ in mehreren Artikeln um Aufklärung bei offiziellen syrischen Institutionen, die sie natürlich postwendend erhalten und kaum anders als das ND dementsprechend ‚verwertet‘ hat. Eine detaillierte Analyse dieses Stimmungsumschwungs muß einem späteren Zeitpunkt vorbehalten bleiben, zumal dieser Fall noch nicht abgeschlossen ist. Die entscheidende Schwäche, die die FAZ-Berichterstattung mit derjenigen des ND teilt, besteht darin, völlig zu ignorieren, daß die für das Massaker von Hula wahrscheinlich verantwortlichen Salafisten ebenso gut vom syrischen Geheimdienst, wie das seit Jahren im Irak geschieht, ferngesteuert gewesen sein können, um den vorhersehbaren Effekt in der öffentlichen Meinung des ‚Westens‘ zu erzeugen... Aber soweit will das ND aus den genannten Gründen und kann die FAZ auf Grund ihrer bürgerlichen Borniertheit nicht denken.

gezeigt hat, darin, daß in Ägypten so etwas wie eine Revolution in Permanenz innerhalb der momentan entstehenden bürgerlichen Institutionen immer noch möglich ist,⁸ während das Regime in Syrien von Anfang an auf einen Bürgerkrieg aus war, der leicht vorhersehbar von Islamisten gekapert werden kann und sich zu einem Stellvertreterkrieg zwischen den miteinander um die Hegemonie kämpfenden Regionalmächte (Iran – Saudi-Arabien) umfunktionieren läßt. Assads Fehlkalkulation, die seinen Clan früher oder später die Vorherrschaft in Syrien kosten wird, war anzunehmen, daß Syrien den von ihm provozierten Stellvertreterkrieg wegen der weltlichen Orientierung seiner Mittelschicht werde aushalten können, ohne erneut in seine vorkolonialen Bestandteile auseinanderzubrechen. In diesem Kalkül, worin er die von Saudi-Arabien und den Golfstaaten religiös inspirierten Salafisten durch die von Ahmadineschad nach Syrien entsandten Halsabschneider (Shabiha) meinte neutralisieren oder gar ausschalten zu können, erscheint Assad inzwischen wie der Zauberlehrling, der letztere, selbst wenn er wollte, nicht wieder loswird. Eine Verständigung seines Clans mit den bürgerlich-liberalen Kräften, von denen viele Familien bereits von seinem Vater aus dem Land gejagt wurden und die zu den Gründern des von London und Istanbul aus agierenden Widerstandsrats (SNC) gehören, erweist sich letzten Endes als ein bisher ‚dem Westen‘ zum Gefallen aufrechterhaltener Mythos, während gleichzeitig die gebietsfremden Großmächte Rußland und China zum Zünglein an der Waage geworden sind, in deren Interessengegensätzen wiederum der Widerstandsrat gespalten zu werden droht.

Die sich anlässlich des Massakers von Hula anbahnende Übereinstimmung von FAZ und ND in der schonenden Behandlung Assads als dem gegenüber dem Islamismus kleiner erscheinenden Übel bedarf einer detaillierten Analyse, die an dieser Stelle nicht zu leisten ist.⁹ Wenn sich dieser Trend fortsetzen sollte, deutet sich darin so etwas wie die Rückkehr Deutschlands auf die bewährten Pfade des Bismarckschen ‚Realismus‘ gegenüber den heutigen, besonders den ‚östlichen‘ Großmächten an.¹⁰ Denkt man an die Berliner Konferenz von 1878, könnte dieser neue ‚Realismus‘ darin

8 Vgl. BLogbuch 1 2011.

9 Siehe FAZ vom 02.06.2012: **Damaszener Zerfallsszenen**; vom 08.06.: **Abermals Massaker in Syrien** und vom selben Tag: ein Gespräch mit dem **Beauftragten der syrischen Regierung für den Annan-Plan** und mit dem **Zentralbankgouverneur Syriens**; vom 11.06.: **Der Annan-Plan muß nicht scheitern** und ein Gespräch mit dem **Großmufti Syriens**. Am 14.06. heißt es laut FAZ in einem Kommuniké der UN, daß der Konflikt in Syrien nunmehr als Bürgerkrieg zu betrachten sei.

10 Während die UN-Beauftragte der USA (FAZ 01.06.2012) die nicht vorhandene Handlungsfähigkeit des Sicherheitsrats beklagte und die Drohung aussprach, daß der Staatengemeinschaft sonst keine andere Option verbleibe, **„als über den Annan-Plan hinauszugehen“** und die US-Außenministerin die Behauptung nicht für glaubhaft hält., daß Rußland **„keinen Bürgerkrieg in Syrien wünsche“**, sondern **„Rußlands Politik zu einem Bürgerkrieg beitragen“** werde, erklärt die Bundeskanzlerin auf einem Gipfeltreffen der Ostseestaaten in Stralsund, **»sie sehe Gemeinsamkeiten mit Moskau in der Beurteilung der Lage in Syrien. Rußland habe in der**

bestehen, dem im Sumpf seiner Orient-Politik festgefahrenen Rußland wie einst Bismarck die rettende Hand zu reichen. Nur daß Deutschland inzwischen keine aufstrebende, sondern eine abgestiegene Großmacht ist, was dem gegen seine eigene Opposition wild um sich schlagenden KGB-Zaren nur recht sein kann.¹¹

Die SED-Nachfolgerin wird, selbst, wenn ihre Wahlergebnisse im Westen Restdeutschlands momentan dagegen sprechen, also noch gebraucht. Auf seiten der arabischen Revolution braucht die alt‘kommunistischen‘ Seilschaften Moskaus im Nahen und Mittleren Osten niemand. Wer sich an der Marxschen Partei orientiert, braucht sie auch nicht, und sollte sich mit der arabischen Revolution und allen jenen zusammenschließen, die sich von Moskau über Peking bis nach Damaskus und Teheran im Kampf gegen ihre jeweiligen menschenfressenden Oligarchien befinden; denn was sich heute im Nahen Osten abspielt, könnte das Vorspiel zu entsprechenden Entwicklungen nicht nur in den Ländern des (halb)asiatischen Kapitalismus, sondern auch denen des ‚Westens‘ sein

Nirgendwo ist die Diskrepanz zwischen der Politik Der Linken und der politischen Realität bisher so deutlich hervorgetreten wie in den Artikeln und Kommentaren des ND zur arabischen Revolution in Syrien. Mag der eine oder andere womöglich in ihrer Lateinamerika-Politik oder der Anti-Globalisierungsbewegung noch einen ‚emanzipatorischen‘ Rest wahrgenommen haben, den sich die Linke aus der Erbmasse der antiimperialistischen Bewegungen der 60er und 70er Jahre auf clevere Art und Weise angeeignet hat, so erweist sich ihre eindeutige Stellungnahme zugunsten der ‚Friedens‘vorschläge Chinas und Rußlands inzwischen als ein durch und durch sozialimperialistisches Manöver.

Weltgemeinschaft bei der Verurteilung der Massaker in Syrien eine konstruktive Rolle gespielt.« Ob sie da schon wußte, daß die Weltgemeinschaft möglicherweise auf eine ferngesteuerte syrische Geheimdienstaktion reingefallen sein könnte?

- 11 Noch Anfang Juni (FAZ vom 02.06.2012) erklärt Merkel anläßlich des Deutschlandbesuchs Putins, daß beide Seiten **„auf eine politische Lösung setzen“** und daß der Annan-Plan **„auch umgesetzt werden kann und gegebenenfalls ergänzende politische Aktivitäten entfaltet werden müssen“**. Putin benutzte diese Begegnung lediglich dazu, um seine bekannten Propagandablasen aufsteigen zu lassen: man dürfe den Annan-Plan nicht für gescheitert erklären, Rußland unterstütze weder das Assad-Regime noch eine andere der beiden Konfliktparteien, Rußland liefere an das Regime keine Waffen, **„die in dem Bürgerkrieg eingesetzt werden können“**. Je dreister die Lügen, desto höher offenbar deren Beruhigungsfaktor für die ‚westliche‘ Öffentlichkeit!

Anhang

Die Ausgaben des *Neuen Deutschland*, aus den zitiert wurde:

- (21.03.2011) **Syrien im Strudel der arabischen Revolution**
Ruf nach Freiheit wird rund um Damaskus lauter
Die Beisetzung von fünf getöteten Demonstranten ist am Samstag in der Stadt Daraa im Süden von Syrien in eine Kundgebung für Freiheitsrechte umgeschlagen.
- (14.05.2011) **Im Zweifel gegen den Tyrannen** (Heiko Wimmen).
- (21.01.2012) **Im Visier: Der Energiesektor** (Karin Leukefeld, Damaskus)
Bewaffnete Gruppen sabotieren Syriens Stromversorgung
Sanktionen, Sabotage und militärische Angriffe auf den Energiesektor haben Syrien in den vergangenen Monaten große Schäden zugefügt. Mitarbeiter werden bedroht, entführt, getötet, die Versorgung der Bevölkerung ist nur teilweise gewährleistet.
- (27.01.2012) **Machtteilung oder Bürgerkrieg** (Karin Leukefeld, Damaskus)
Historiker George Jabbour: Syriens Schicksal entscheidet sich in Homs und in New York
Geht es um eine fundierte Einschätzung der Lage in Syrien, wenden sich Journalisten oft und gerne an George Jabbour, einen ehemaligen Präsidentenberater.
- (30.01.2012) **Tauziehen um Syrien** (Karin Leukefeld, Damaskus)
Die Arabische Liga will die Beobachtungsmission aussetzen
Die Arabische Liga will über ihr künftiges Vorgehen im Syrienkonflikt noch einmal beraten. Wie dpa aus Organisationskreisen erfuhr, wollen die Außenminister der arabischen Staaten am kommenden Sonntag in Kairo entscheiden, ob sie die Beobachter abziehen oder die Mission doch noch verlängern.
- (30.01.2012) STANDPUNKT
Beobachtung unerwünscht (Roland Etzel).
- (30.01.2012) **Die Turmuhr zeigt kurz vor zwölf** (Karin Leukefeld)
Ein Tag im umkämpften Homs
Homs gilt als Zentrum der Kämpfe zwischen syrischer Armee und bewaffneten Gegnern von Präsident Assad. Das syrische Informationsministerium organisierte vergangene Woche eine Journalistenreise in die drittgrößte Stadt Syriens.
- (01.02.2012) **Putin will in Syrien punkten** (Irina Wolkowa, Moskau)
Russland setzt weiter auf diplomatische Lösung
Die Regierung in Damaskus hatte gleich am Montag, als Moskau seine Vermittlung im Konflikt zwischen Macht und Opposition in Syrien anbot, zustimmend reagiert. Ihre Gegner indes legten sich quer.
- (02.02.2012) **Nach dem russischen und chinesischen Veto am Dienstagabend bleibt eine Syrien-Resolution im Weltsicherheitsrat außer Reichweite. Nach russischen Angaben gibt es vorerst keinen neuen Abstimmungstermin. Präsident Baschar al-Assad kündigte am Mittwoch im Staatsfernsehen an, er sei fest entschlossen, die Stabilität wieder herzustellen – koste es, was es wolle**
»Es ist die Zeit der Extreme« (Karin Leukefeld, Damaskus)
Bevölkerung in Damaskus fürchtet weitere Eskalation der Gewalt.
- (02.02.2012) **Syrien spaltet den Sicherheitsrat**
China und Russland lehnen Verurteilung ab.
- (03.02.2012) **Während die Bundesregierung es sich zum Ritual gemacht hat, die Einhaltung der Menschenrechte in China anzumahnen, geht es beim Besuch Angela Merkels (CDU) in dem ökonomisch immer mächtiger werdenden Land tatsächlich um internationale Wirtschaftskonflikte. Der »hochrangigen Wirtschaftsdelegation«, mit der die Kanzlerin reist, ist viel daran gelegen, deutschen Unternehmen die Absatzmärkte zu garantieren und den Zugriff auf seltene Rohstoffe und Metalle zu ermöglichen**
Mehr nehmen als geben (Thomas Blum)
In China spielt die Kanzlerin die Menschenrechtlerin. Doch geht es um die Sicherung von Konzerngewinnen
Viele von der Weltwirtschaft benötigte Rohstoffvorkommen finden sich in China. Der Konflikt darum nimmt zu.
- (04.02.2012) **Adopt a revolution: Eine deutsche Initiative unterstützt die Organisatoren der Proteste in Syrien**
- (04.02.2012) **Brücken schlagen** (Interview).
Die syrische Oppositionsbewegung ist vielfältig – und uneinig

Stimmen der Vernunft (Karin Leukefeld, Damaskus)

Die alte und die neue in Syrien aktive Opposition ist sehr vielfältig. Mangelnde Erfahrung, Uneinigkeit, mehrfache Spaltungslinien innerhalb Syriens und mit der Opposition im Ausland, die Ausgrenzung durch das herrschende Regime, mangelnder Zugang zu Medien und die Militarisierung des Konflikts haben sie an den Rand gedrängt.

(04.02.2012) Anders als in Ägypten und Tunesien sind die Proteste in Syrien über das ganze Land verteilt – koordiniert von Basiskomitees

»Assad spielt nicht, er tötet uns«.

(08.02.2012) **Für ein Ende des Tötens in Syrien sind alle** (Roland Etzel)

Die Bundesregierung fordert »neue massive Sanktionen«, die LINKE will da Genauigkeit
Der bürgerkriegsähnliche Konflikt in Syrien und das mittlerweile globale Kräfterennen um dessen Ausgang werden auch in Deutschland kontrovers diskutiert. Einig sind sich alle lediglich darin, dass der gegenwärtige Zustand nicht tolerierbar ist.